

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 2ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen; im Rgr. Sachsen  
u. Herzgth. Sach.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 5/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. M. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Hah,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Rgr., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 2/3 Rgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 144. Freitag, 11. Dezember. 1874.

## An die Parteigenossen!

Schon seit längerer Zeit ist wiederholt der Gedanke angeregt worden, daß zum Besten der Arbeiterbewegung die Vereinigung der deutschen Sozialdemokraten baldmöglichst erfolgen müsse.

Wohl sämtliche Parteigenossen sind von diesem Gedanken durchdrungen, dies dürfen wir mit Rücksicht auf die Coburger Kongressverhandlungen sagen.

Gleich und haben sich nun zahlreiche Mitglieder des „Allg. deutschen Arbeitervereins“ bereit erklärt, für eine Vereinigung mit aller Entschiedenheit eintreten zu wollen.

Wir haben uns in Folge dessen mit verschiedenen Parteien, sowie auch mit bekannten Anhängern des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ in Verbindung gesetzt, und es werden nunmehr energische Schritte geschehen, die Vereinigung auf vollständig gesunder Grundlage und auf für beide Theile legalem Wege anzubahnen.

Vor allen Dingen aber ist es notwendig, die Vereinigung als Ausfluß des Gesamtwillens der Mitglieder beider Parteien anzubahnen und sich vollziehen zu lassen, damit dieselbe, getragen und gutgeheißen von der Gesamtheit, nicht wieder neue Zwietracht in ihrem Schoße erzeuge.

Nur auf solcher Grundlage kann die Vereinigung segensreich sein.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Der Ausschuss  
der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.  
F. M.  
J. Auer. August Geib.

## Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess zu Köln.

(Fortsetzung.)

### VI. Die Fraktion Willich-Schapper.

Seit der Niederlage der Revolution von 1848—1849 verlor die proletarische Partei auf dem Continent, was sie während jener kurzen Epoche ausnahmsweise besaß: Presse, Redefreiheit und Assoziationsrecht, d. h. die legalen Mittel der Partei-Organisation. Die bürgerlich-liberalen wie die kleinbürgerlich-demokratische Partei standen in der sozialen Stellung der Klassen, die sie vertreten, trotz der Reaktion die Bedingungen, unter einer oder der anderen Form zusammenzuhalten, und ihre Gemein-Interessen mehr oder minder geltend zu machen. Der proletarischen Partei stand nach 1849 wie vor 1848 nur ein Weg offen — der Weg der geheimen Verbindung. Seit 1849 entstanden daher auf dem Continent eine ganze Reihe geheimer proletarischer Verbindungen, von der Polizei entdeckt, von den Gerichten verurtheilt, von den Gefängnissen durchbrochen, von den Verhältnissen stets wieder neu hergestellt.

Ein Theil dieser geheimen Gesellschaften bezweckte direkt den Umsturz der bestehenden Staatsmacht. Es war dies berichtigt in Frankreich, wo das Proletariat von der Bourgeoisie besetzt war und der Angriff auf die bestehende Regierung mit dem Angriff auf die Bourgeoisie unmittelbar zusammenfiel. Ein anderer Theil der geheimen Gesellschaften bezweckte die Parteibildung des Proletariats, ohne sich um die bestehenden Regierungen zu kümmern. Es war dies notwendig in Ländern wie Deutschland, wo Bourgeoisie und Proletariat gemeinsam ihren halb feudalen Regierungen unterlagen, wo also ein siegreicher Angriff auf die bestehenden Regierungen der Bourgeoisie oder doch den sogenannten Mittelständen, statt ihre Macht zu brechen, zunächst zur Herrschaft verhelfen mußte. Kein Zweifel, daß auch hier die Mitglieder der proletarischen Partei an einer Revolution gegen den status quo teilhaben würden, aber es gehörte nicht zu ihrer Aufgabe, diese Revolution vorzubereiten, für sie zu agitieren, zu konspirieren, zu kempotieren. Sie konnten den allgemeinen Verhältnissen und den direkt beteiligten Klassen diese Vorbereitungsarbeiten überlassen. Sie mußten sie ihnen überlassen, wollten sie nicht auf ihre eigene Parteistellung und auf die historischen Aufgaben verzichten, die aus den allgemeinen Existenzbedingungen des Proletariats von selbst hervorgehen. Für sie waren die jetzigen Regierungen nur ephemere Erscheinungen und der status quo nur ein vorübergehender Haltpunkt, woran sich abarbeiten einer kleinlich engherzigen Demokratie überlassen blieb.

Der „Bund der Kommunisten“ war daher keine konspiratorische Gesellschaft, sondern eine Gesellschaft, die die Organisation der proletarischen Partei im Geheimen bewerkstelligte, weil das deutsche Proletariat igne et aqua, von Schrift, Rede und Assoziation öffentlich interdicirt ist. Wenn eine solche Gesellschaft konspirirt, so geschieht es nur in dem Sinne, wie Dampf und Elektrizität gegen den status quo konspiriren.

Es versteht sich, daß eine solche geheime Gesellschaft, welche die Bildung nicht der Regierungen, sondern der Oppositions-Partei der Zukunft bezweckt, wenig Reiz bieten konnte für Individuen, die einerseits ihre persönliche Unbedeutendheit unter dem Theaternamen von Conspirationen aufspreizen, andererseits ihren bornirten Ehrgeiz am Tage der nächsten Revolution beschriebigen, vor allem aber augenblicklich wichtig scheinen, an der Beute der Demagogie Theil nehmen und von den demokratischen Markt-Platzern bewillkومت sein wollen.

Von dem Bunde der Kommunisten sonderte sich daher eine Fraktion ab, oder wurde eine Fraktion abgefordert, wie man will, die, wenn auch nicht wirkliche Konspirationen, doch den Schein der Konspiration und daher direkt Allianz mit den demokratischen Tageshebeln verlangte — die Fraktion Willich-Schapper. Charakteristisch für sie, daß Willich mit und neben Kinkel als entre-

preneur des deutsch-amerikanischen Revolutions-Anleihe-Geschäfts figurirt.

Das Verhältniß dieser Partei zur Majorität des Bundes der Kommunisten, der die Kölner angehörten, ist soeben angedeutet worden. Bürger und Köfer haben es prägnant und erschöpfend in den Kölner Affisenverhandlungen entwickelt.

Wir bleiben vor dem Schluß unserer Darstellung stehen, um einen Rückblick auf das Verhalten der Fraktion Willich-Schapper während des Kölner Prozesses zu werfen.

Wie schon oben bemerkt wurde, beweisen die Data der von Stieber der Fraktion entwandten Dokumente, daß ihre Dokumente auch nach dem Reuter'schen Diebstahl immer noch den Weg zur Polizei zu finden suchten. Bis zu dieser Stunde schuldet die Fraktion die Erklärung dieses Phänomens.

Schapper kannte am besten die Vergangenheit Cherval's. Er wußte, daß Cherval von ihm 1846 und nicht von Marx 1848 in den Bund aufgenommen war u. s. w. Er bestätigte Stieber's Lügen durch sein Schweigen.

Die Fraktion wußte, daß der ihr angehörige Hake den Drohbrieff an den Zeugen Haupt schrieb, sie läßt den Verdacht auf der Partei der Angeklagten lasten.

Moses Heß, der Fraktion angehörig, der Verfasser des „rothen Katechismus“, dieser unglücklichen Parodie des Manifestes der kommunistischen Partei, Moses Heß, der seine Schriften nicht nur selbst schreibt, sondern auch selbst vertreibt, er wußte genau, an wen er Partien von seinem „Rothen“ abgelaufen hatte. Er wußte, daß Marx ihm den Reichtum an „Rothen“ auch nicht um das Maß eines einzigen Exemplars geschmälert hatte. Moses läßt ruhig auf den Angeklagten den Verdacht, als hätte ihre Partei sein „Rothes“ mit melodramatischen Begleit-schreiben in der Rhein-Provinz haustirt.

Wie durch ihr Schweigen, macht die Fraktion gemeinsame Sache mit der preussischen Polizei durch ihr Sprechen. Wo sie während der Verhandlungen auftritt, erscheint sie nicht auf der Bank der Angeklagten, sondern als „Königszeuge“.

Henze, Willich's Freund und Woytquier, der Wissenschaft am Bunde geständig, bringt einige Wochen bei Willich in London zu und reist dann nach Köln, um gegen Beder, gegen den viel weniger Indizien als gegen ihn selbst vorliegen, die falsche Aussage zu machen, Beder sei 1848 Bundesmitglied gewesen.

Högel, wie das Archiv Diez ausweist, der Fraktion angehörig, mit Geld von ihr unterstützt, schon einmal wegen Theilnahme am Bunde zu Berlin vor die Affisen gestellt, erscheint als Zeuge gegen die Angeklagten. Er jengt falsch, indem er die exceptionelle Bemessung des Berliner Proletariats während der Revolutionszeit in einen erdichteten Zusammenhang mit den Bundes-Statuten bringt.

Steingens, durch seine eigenen Briefe überführt (s. Sitzung vom 18. Oktober), Hauptagent der Fraktion in Brüssel gewesen zu sein, erscheint in Köln nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge.

Nicht lange vor den Kölner Affisenverhandlungen schickten Willich und Kinkel einen Schneidergesellen als Emissär nach Deutschland. Kinkel gehört zwar nicht zur Fraktion, aber Willich war Mitregent der deutsch-amerikanischen Revolutionsanleihe.

Kinkel, schon damals von der später eingetroffenen Gefahr bedroht, sich und Willich von der Verwaltung der Anleihegelder durch die Londoner Garantent entsetzt und die Gelder selbst trotz seiner und Willich's entzückter Proclamation nach Amerika zurückwandern zu sehen, Kinkel bedurfte gerade damals der Emissionen nach und der Scheinlorespondenzen mit Deutschland, theils um zu zeigen, daß dort überhaupt noch ein Gebiet revolutionärer Thätigkeit für ihn und die amerikanischen Dollars existire, theils um einen Vorwand für die enormen Correspondenz-, Porto-Kosten u. s. w. zu finden, die er und Freund Willich in Rechnung zu bringen verstanden (s. das lithogr. Circular des Grafen D. Reichensbach). Kinkel wußte sich ohne alle Verbindung, sei es mit den bürgerlichen Liberalen, sei es mit den kleinbürgerlichen Demokraten in Deutschland. Er nahm daher ein K für ein U, den Emissär der Fraktion für den Emissär des deutsch-amerikanischen Revolutionsbundes. Dieser Emissär hatte keine andere Aufgabe, als gegen die Partei der Kölner Angeklagten unter den Arbeitern thätig zu sein. Man muß gestehen, der Augenblick war günstig gewählt, um noch vor Thores'schlusß neuen Vorwand zu neuer Untersuchung zu geben. Die preussische Polizei war vollständig über die Person, den Tag der Abreise und die Reiseroute des Emissärs unterrichtet. Woher? werden wir sehen. In den geheimen Versammlungen, die er zu Magdeburg hält, waren ihre Spione zugegen und berichteten über die Debatten. Die Freunde der Kölner in Deutschland und London zitterten.

Wir haben oben erzählt, daß Hirsch am 6. November vor dem Magistrat zu Bow-Street gestand, das Original-Protokollbuch unter Leitung von Greif und Fleury fabrizirt zu haben; Willich vermochte ihn zu diesem Schritt, Willich und der Gastwirth Schertner begleiteten ihn zum Magistrat. Hirsch's Bekenntniß wurde in drei verschiedenen Exemplaren angefertigt und diese unter verschiedenen Adressen durch die Post nach Köln versandt.

Es war von der höchsten Wichtigkeit, den Hirsch, wie er die Schwelle des Gerichtshofes verließ, sofort zu verhaften. Auf Grund der bei ihm befindlichen, amtlich beglaubigten Aussage konnte der in Köln verlorene Prozeß in London wieder gewonnen werden. Wenn nicht für die Angeklagten, so doch gegen die Regierung. Willich that dagegen Alles, um einen solchen Schritt unmöglich zu machen. Er beobachtet nicht nur gegen die direkt beteiligte „Partei Marx“, sondern gegen seine eigenen Leute, sogar gegen

Schapper, das tiefste Stillschweigen. Nur Schertner war in sein Geheimniß eingeweiht. Schertner erklärt, er und Willich hätten den Hirsch an's Schiff begleitet. Hirsch habe nämlich, Willich's Intention gemäß, in Köln gegen sich selbst Zeugniß ablegen sollen.

Willich unterrichtet den Hirsch von dem Wege, den die Dokumente nehmen werden, Hirsch die preussische Gesandtschaft, die preussische Gesandtschaft die Post. Die Dokumente kommen nicht an ihrem Bestimmungsort an; sie verschwinden. Später taucht der verschwundene Hirsch wieder in London auf und erklärt in einer öffentlichen Demokraten-Versammlung, Willich sei sein Complice.

Willich gesteht, auf eine diebeshülfliche Interpellation, mit Hirsch, der schon im Jahre 1851 auf seinen Antrag als Spion aus dem Great-Windmill-Berein ausgestoßen wurde, seit Anfang August 1852 wieder in Verbindung gestanden zu haben. Hirsch habe ihm nämlich den Fleury als preussischen Spion verrathen und ihm dann alle an Fleury eingehenden und von ihm ausgehenden Briefe zur Kenntnignahme mitgetheilt. Er, Willich, habe sich dieses Mittels bedient, um die preussische Polizei zu überwachen.

Willich war notorisch seit ungefähr einem Jahre der intime Freund Fleury's, von dem er Unterstützungen empfing. Wenn aber Willich seit August 1852 wußte, daß er preussischer Spion und zugleich von dessen Treiben unterrichtet war, wie kommt es, daß er das Original-Protokollbuch nicht kannte?

Daß er erst intervenirt, nachdem die preussische Regierung selbst den Fleury als Spion verrathen hat?

Daß er in einer Weise intervenirt, die im besten Falle seinen Verblühten Hirsch aus England und die amtlich beglaubigten Beweismittel für die Schuld Fleury's aus den Händen der „Partei Marx“ schafft?

Daß er fortfuhr, Unterstützungen von Fleury zu beziehen, der mit einem von ihm erhaltenen reçu für 15 Pfund Sterling re-nommirt?

Daß Fleury in der deutsch-amerikanischen Revolutionsanleihe fortoperirt?

Daß er dem Fleury Polak und Zusammenkunftsort seiner eigenen geheimen Gesellschaft angibt, so daß preussische Agenten im Neben-zimmer die Debatten zu Protokoll nehmen?

Daß er den Fleury von der Reiseroute des obengenannten Emissärs, des Schneidergesellen, unterrichtet und sogar Geld für diese Missionen von ihm empfängt?

Daß er erdlich dem Fleury erzählt, er habe den bei ihm wohnenden Henze instruirt, wie er vor den Kölner Affisen gegen Beder auszusagen habe?\*) Man muß gestehen, — quo tout cela n'est pas bien clair.

(Hors. folgt.)  
Fremdwörter-Erklärung: ephemere, was nur einen Tag lebt, kurzlebig; igne et aqua, interdiciren, von Feuer und Wasser abkneiden, aller Rechte verlustig erklären; entrepreneur, Uatennnehmer; prägnant, kurz und bündig; exceptionell, ausnahmsweise; reçu, Quittung; quo tout cela n'est pas bien clair, daß das Alles nicht sehr klar ist.

## Ein Skandal im Reichstag.

Nachstehend geben wir den Bericht der „Volkszeitung“ über die „Szene“ in der Reichstags-Sitzung des 4. Dezember. Zur Vervollständigung, sowie zur Richtig- und Klarstellung sei folgendes vorausgeschickt: Jörg sprach mit einiger Ruhe — und was er sagte, war durchaus begründet. Der im Artikel 8 der Reichsverfassung verheißene diplomatische Ausschuss ist von Fürst Bis-mard ganz ignoirt, überhaupt gar nicht zusammenberufen worden. Während der Rede Jörg's, welche die auswärtige Politik des Herrn Reichskanzlers scharf angriff, gerieth Bismard in eine steigende Aufregung; seine Brust wogte auf und ab, er schnaufte zuletzt so, daß man es am Laube des Saals hören konnte, und stürzte bei jedem Stich, der ihm ins Fleisch ging, ein Glas Wasser hinunter. Man fühlte sich unwillkürlich an die ersten Stadien eines Stiergefechts erinnert. Jörg würde einen vorzüglichen Banderillero\*\*) abgeben. Als er gendet, schellte Fürst Bismard empor wie ein Drahtmännchen, wenn die Schachtel geöffnet wird. Anfangs mähtigte er sich, widerlegte zwar nichts, aber vertraute sich doch auch nicht — allein das dauerte nicht lange. Mehr und mehr verlor er die Selbstbeherrschung, und sobald er auf das Kullmann'sche Attentat kam (das Jörg im Vorbeigehen erwähnt hatte), war's um den letzten Rest von Fassung geschehen: blind rasste er durch die Arena. — — — Die Identifizierung des Centrum's mit Kullmann läßt sich nur durch die Annahme erklären, daß Fürst Bismard unfähig war, sich zu controliren. Das Fsuil, welches ihm zugeusen wurde, ging von den vorderen Bänken des Centrum's aus und wurde mehrmals unter heftigsten Ventilaktionen von

\*) Ueber das Verhältniß von Willich und Beder:

„Der Willich schreibt mir die lustigsten Briefe; ich antworte nicht, er läßt sich aber nicht abhalten, mir seine neuen Revolutionspläne anzuüberreichen. Er hat mich bestimmt, die Kölner Besatzung zu revolutioniren!! Wie haben neulich und den Bauch gehalten vor Lachen. Er wird mit seinen Dummdheiten noch ungezählte Menschen in's Fuch bringen; denn ein einziger Brief könnte hundert Demagogentrütern 3 Jahre lang das Gehalt sichern. Wenn ich die Kölner Revolution fertig hätte; so wäre er nicht abgenügt, die Leitung der weiteren Operationen zu übernehmen. Gar zu freundlich.“

(Aus einem Briefe von Beder an Marx, d. d. 27. Januar 1851.)

\*\*) Der Banderillero hat den Stier mit einer Lanze, die vorn Bänder und Fühnen trägt, zu prickeln.

50 bis 60 Stimmen wiederholt. Bismarck setzte sich leichenblau nieder. Die Nationalliberalen, denen es doch ausräumerte, daß ihr „Percy“ zwar vielleicht eine „geniale“, jedoch keinesfalls eine „staatsmännische“ Rolle spielte, waren etwas verärgert — schraubten sich aber doch zu den pflichtschuldigen Bravos empor, und verschiedene auffällig angehaudte Individuen machten Applaus zu einer Keilerei nach allen Regeln der Kunst. Ein Culturkämpfer, diesmal kein Professor des Strafrechts, sondern ein Staatsanwalt (L. Venz aus Württemberg, stürzte mit geballten Fäusten auf Ballestreim, der sehr energisch „Psui!“ gerufen, los, bewirkte indes nur, daß der hartgejottete Sänder, ein ehemaliger Cavallerieoffizier und tüchtiger Fechter und Pistolenschütze, mit Stentorstimme noch ein extraes „Psui-Solo“ zum besten gab — möglicherweise in der Ansicht, den keine drei Schritte entfernten Reichskanzler zum Duell zu reizen. Dieser bezugte sich indes, eine studentische Reminiscenz aufzuwärmen, und zu replizieren, daß er zwar nicht „Psui“ sage, aber es denke — eine Redewendung, die, mehr oder weniger variiert, auf jeder deutschen Universität ellihe hundertmale das Jahr vom Stapel gelassen zu werden pflegt. Staatsanwalt Venz, nebst faustballenden Genossen — und es mochte ihrer ein Dutzend sein — unter „Percy's“ Augen den Vasterkämpfer gegen „Reichsfeinde“ zu schwingen, welsch hehres Ziel! In wie vielen Knopfschöbern mag's da gesucht haben! — Die staatsanwaltschaftlichen und sonstigen Faustrechtsliebhaber wurden durch die zahlreihen Kollegen allmählich halbwegs zur Ruhe gebracht, Präsident Forderbeck hatte nicht nötig, seinen schon requirierten magischen Zylinder aufzufüllen, und Windthorst, kühl wie eine Gark, konnte die Rednerbühne bestiegen, um con amore in jeden Stich, welchen Jörg dem Herrn Reichskanzler verfert, nochmals hineinzustechen und den alten eine erkleckliche Anzahl neuer Stiche hinzuzufügen. Das Opfer wehrte sich, so gut es im Stand war und wurde von den getreuen Anbetern für den mangelnden Erfolg mit mitleidigen Bravo-Salven entschädigt.

Das eigentliche Stück ist nun zu Ende; als Nachspiel folgt noch eine Farce: Pasker, ob patriotischen Uebereifers zur Ordnung gerufen!

Summa summarum: das ist die Bildung unserer herrschenden Klassen! Und ein Mann, dessen Nerven nicht einer gewöhnlichen Kammerdebatte gewachsen sind, lenkt die Geschicke von 40 Millionen Menschen!

Jetzt den Bericht der „Volkszeitung“:

Zu Kap. 2 der dauernden Ausgaben, Ausschüsse des Bundesrathes, nimmt Abg. Jörg das Wort, um an den Reichskanzler die Frage zu richten, was aus dem diplomatischen Ausschuss geworden sei, von dem das Publikum gar nichts mehr höre, obwohl man namentlich in Baiern ein sehr lebhaftes Interesse für denselben hege. Dies Organ habe verfassungsmäßig den Zweck, den preussischen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten zu kontrollieren und die Bundesregierungen auf dem Gebiete der auswärtigen Reichspolitik beständig zu erhalten. Es bilde mithin eine ernste Friedensgarantie für Süddeutschland, eine Garantie, die angesichts der neuerdings wiederholt gemachten Versuche des Reichskanzlers, sich in die Angelegenheiten fremder Mächte einzumischen, doppelt nötig sei. Gerade die sogenannten Säculararmen pflegten, ihrer kolossalen Größe entsprechend, auch in ihren Fehlern kolossal zu sein, und deshalb sei der diplomatische Ausschuss da, um solche Fehler zu verhindern und dem Reichskanzler die Mittel der frommen Denkart einzusparen. (Heiterkeit.) Eine sehr geeignete Gelegenheit zu solcher Einwirkung wäre bei der Affaire von dem kalten Wasserstrahl gewesen, den der Kanzler nach Versailles sandte, weil die französischen Bischöfe Hirtenbriefe erlassen hatten, welche den kirchlichen Kampf in Deutschland in einer dem Kanzler mißliebigen Weise besprachen. Ein Krieg, der in Folge dieser Note ausgebrochen wäre, würde nicht nur ein Interventionskrieg, sondern ein Religionskrieg geworden sein. (Unruhe.) Nehlich habe sich der Reichskanzler Spanien gegenüber verhalten, um der Diktatur eines Mannes zu dienen, mit dessen Nennung er (Redner) seinen Mund nicht infommodiren wolle. (Beifall im Centrum.) Der Grund dieses Auftretens sei die Maxime gewesen, die Ultramontanen überall zu bekämpfen, und da die Karlisten ultramontan seien, so habe man den Kampf gegen sie unterstützen zu müssen geglaubt. Viel besser wäre es gewesen, eine Verständigung mit anderen Mächten, namentlich mit Rußland in dieser Frage herbeizuführen. (Lachen.) Gerade Rußland sei jetzt in Europa die entscheidende Macht, ohne deren Willen kein Kanonenschuß abgefeuert werden dürfte. Dieselbe Maxime, die jene den Frieden Europas gefährdende Interventionspolitik veranlaßt habe, sei auch der Grund gewesen, weshalb man versucht habe, die That von Kissingen durch die offiziöse Presse der Centrumsfraktion zur Last legen zu lassen.

Fürst Bismarck: Bei aller Bereitwilligkeit, auf die sachlichen Anfragen bei Gelegenheiten der Budgetberatungen Auskunft zu ertheilen, wird es mir doch in diesem Falle sehr schwer, weil der Vorredner eine Frage, auf die man antworten könnte, gar nicht gestellt hat (?). Er hat Alles berührt, was auf das Ausland unangenehme Eindrücke machen, was dem Reich nachtheilig sein könnte, aber Nichts, was mich zu einer auf eine Budgetposition bezüglichen Antwort veranlassen könnte. Ueber die Thätigkeit eines Bundesauschusses, zu dessen Mitgliedern Preußen gar nicht gehört, hier zu sprechen, habe ich keine Veranlassung und werde auch an jedem anderen Ort eine Diskussions darüber vermeiden. Das auswärtige Amt hat eine Einsicht in seine amtliche Thätigkeit seitens der Bundesregierungen nicht zu scheuen und sorgt für die Möglichkeit einer solchen durch Abschriften von Depeschen u. s. w. in der umfassendsten Weise. Die Jore also, als ob von uns große Schirmmisse, ein Krieg, oder sonstige Abheuligkeiten geplant würden, denen der diplomatische Ausschuss schon auf die Sprünge kommen werde, paßt eher in einen Roman als in eine ernsthafte Diskussion. Daß man gerade in der letzten Zeit von einer diplomatischen Thätigkeit wenig gewahr geworden, liegt einfach darin, daß wir im Jahre 1874 weniger als je diplomatisch zu thun gehabt haben. Durch die ganze Rede des Vorredners zog sich als rother Faden jene schon neulich gekennzeichnete Verdächtigung, als ob die Vertreter der Einzelstaaten nicht eifersüchtig genug die Interessen ihrer Regierungen dem Reiche gegenüber verträten, und außerdem die Verdächtigung der Reichsregierung dem Ausland gegenüber, als suche sie den Frieden zu stören. Bei der sogenannten Intervention in Frankreich handelte es sich um Bischöfe, deren Diözesen zum Theil in Deutschland lagen, die also schon deshalb der Jurisdiction Deutschlands unterlagen, und andererseits um Erlasse an deutsche Unterthanen, so daß von einer Einmischung in fremde Angelegenheiten wohl kaum die Rede sein kann. Aehnlich verhielt es sich in Spanien. Als ich die erste Nachricht von der Ermordung des Hauptmanns Schmidt erhielt, so hatte ich das Gefühl: wenn das ein englischer, amerikanischer, russischer oder französischer Unterthan gewesen wäre, so wäre ihm das nicht passiert; ich erblickte darin eine Erinnerung an die frühere Berriffenheit und Ohnmacht unseres Vaterlandes und sagte mir,

es ist Zeit, das Ausland daran zu gewöhnen, daß auch Deutsche nicht ungestraft gemordet werden können. (Lebhafte Beifall.) Wäre es völlerrechtliche Tradition gewesen, und geziemte es uns, auf barbarische und hentesmäßige Weise zu antworten, so wäre es das Natürlichsste gewesen, im nächsten Halm einen karlistischen Stabschef am Hauptthur aufzulassen. Wir haben das nicht gethan, denn wir sind friedfertiger Natur, und wenn der Vorredner auch an die Note erinnerte, die als ein „Strahl kalten Wassers“ abkühlend gewirkt habe, so kann ich mich darauf beziehen, daß kaltes Wasser doch ein recht friedliches Element ist (Heiterkeit), dessen recht häufigen Gebrauch ich dem Vorredner nicht dringend genug empfehlen kann. (Große Heiterkeit.) Da wir die spanische Regierung für jene That nicht verantwortlich machen konnten, so hielten wir es für das Richtige, die Reste staatlicher Konsolidierung durch die Anerkennung zu stärken, den noch glühenden Docht staatlicher Ordnung nicht verlöschen zu lassen. Für die russische Regierung liegen die Verhältnisse durchaus anders, und außerdem achten wir die Meinung Anderer, namentlich die Meinung der seit einem Jahrhundert uns am meisten befreundeten Macht: Rußlands! Der Vorredner wird auch keine Verstimmung da hervorrufen. Unsere Beziehungen stehen, Gott sei Dank, thurmhoch über der Tragweite der Worte des Vorredners, und ich möchte betreffs des Fiado nicht mit ihm tauschen. (Heiterkeit.) Der Vorredner hat nun auch das Kissingen Attentat erwähnt und den Mörder als halb verrückt bezeichnet. Ich versichere Sie, daß er vollständig im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten ist. Ich bezweife, daß der Vorredner jede Gemeinschaft mit ihm loszusagen, soviel Sie wollen, er hängt an Ihren Rockschößen fest! Sie sehen daran, wohin ein zorniges, undarigebildetes Gemüth kommt, wenn es so gehetzt wird, wie Kallmann von dem Pfarrer in Salzwedel. (Widerspruch im Centrum.) Als ich Kallmann frag, warum er mich umbringen wolle, sagte er: „wegen der Kirchengehe.“ Auf meine Frage, ob er damit Etwas zu bessern glaube, erwiderte er: „bei uns ist es ja schon so schlimm, schlimmer kann es ja nicht werden“; schließlich aber sagte er: „Sie haben meine Fraktion beleidigt“ und als ich ihn frag: „welches ist Ihre Fraktion“ sagte er: „die Centrumsfraktion im Reichstage.“ (Große Tumult, den der Präsident erst nach längerer Zeit bewältigt.) Einem Mitgliede, das „Psui“ ruf, bemerkt der Präsident v. Forderbeck, daß dieser Ausdruck unparlamentarisch ist. \*)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Ausdruck „Psui“, den ja der Herr Präsident schon gerügt hat, dient zur Bezeichnung von Eitel und Verachtung, — glauben Sie nicht, meine Herren, daß mir diese Beschäftigung fremd sind, ich bin aber zu höflich, um sie auszusprechen. (Einmüthig Lärm.)

Abgeordneter Windthorst: Daß der diplomatische Ausschuss in diesem Jahre noch nicht versammelt gewesen, motivirt die Anklage vollständig, die hier erhoben worden. Uebrigens ist die erwähnte Methode des kalten Wasserstrahls und der spanischen Intervention jedenfalls eine Intervention, um gegen den römischen Stuhl Verbindungen und nützliche Schüssen zu finden. Wir steuern somit unabwehrbringlich zum Kriege. Nun ist das Attentat zur Sprache gebracht, eine That, die jeder deutsche Mann entschieden verdammt, der noch irgend den christlichen oder deutschen Standpunkt hat, es ist das ein Schandstück! Aber die That kann nicht mit bestimmten Parteien in Zusammenhang gebracht werden, das geht zu weit; die That Kallmann's war schändlich, aber schändlich war auch das Verhalten der offiziellen Presse. Die Angriffe des Reichskanzlers auf den Pfarrer von Salzwedel belege ich, da er sich nicht mehr selbst verteidigen kann. Diese ganze Weise scheint mir nicht der Würde der Diskussion im Hause zu entsprechen.

Präsident v. Forderbeck macht dem Redner bemerkt, daß es Sache des Präsidenten sei, über die Aufrechterhaltung der Würde des Hauses zu wachen, daß er auch, wenn sie durch den Reichskanzler verletzt worden wäre, Mittel gefunden haben würde, dieselbe aufrecht zu erhalten; daß sei aber in keiner Weise notwendig gewesen.

Abgeordneter Windthorst: Uebrigens denke ich, ist es gut, diesen Gegenstand nunmehr zu verlassen und uns wieder einer friedfertigen Diskussion zu überlassen. \*\*)

Reichskanzler Fürst Bismarck: So gern ich dem Wunsche des Vorredners willfahren möchte, kann ich doch nicht das letzte Wort einem Redner überlassen, der eine ungerechte Kritik an mir übt. Es ist gesagt worden, ich hätte für die offiziöse Presse Parole ausgegeben. Wenn der Vorredner abwarten will, bis er einige Male, wie es mir passiert ist, angeschossen wird, so wird er es erleben, daß man in einem solchen Augenblick nicht daran denken wird, eine Parole auszugeben, so nahe das ja sonst wohl liegen mag. Ich habe nichts weiter gesagt, als daß die That nicht meiner Person galt, sondern der Sache, die ich vertrete. Und war ich dazu nicht berechtigt, wenn mir 3 Stunden vorher der Thäter ausdrücklich erklärte, er habe meine Person gar nicht gekannt und die That nur der Sache wegen, die ich vertrete, ausgeführt, derselbe Thäter, dessen gesammte Papiere in einem aufregenden Gedicht aus den „Eichsfelder Blättern“ bestanden, dann muß ich überhaupt schweigen. Es wird mir dann ein Vorwurf gemacht, daß ich von Kissingen aus nicht temperirend auf die Presse eingewirkt habe; ich möchte dagegen den Herrn Vorredner, der, soviel ich weiß, damals gesund war, fragen, ob er vielleicht temperirend auf den Ton der ultramontanen Blätter eingewirkt hat, welche die That sogar entschuldigend, von der „Germania“ bis zum „Bairischen Vaterland“. Zu meinem großen Erstaunen sind sogar hier Anklagen an den Standpunkt verlaublich: Es ist ja gar nicht zu verwundern, wenn solche Thaten der Minister solche Leute zur Verzweiflung bringen. Daß diese Presse an dem Attentat mitschuldig ist, ist zweifellos. Wenn nur die Hälfte von den Schändlichkeiten wahr ist, die sie mir nachsagt, dann weiß ich selbst nicht, was ich thäte (große Heiterkeit. †)

Abgeordneter Pasker: Wenn sonst die Herren von drüben

\*) Der Bericht ist hier sehr ungenau und inkorrekt. Das Psui! war kein vereinzeltes, Niemand wurde, so viel uns bekannt, deshalb zur Ordnung gerufen, und es wurde nicht durch die Mittheilung der Worte Kallmann's veranlaßt, sondern durch die Aeußerung des Reichskanzlers, daß Kallmann den Herren vom Centrum an den Rockschößen hänge, und daß sie ihn nicht abschüteln könnten. Bismarck's Rede ist in diesem und in allen andern Berichten ebenso tendenziös schöngefärbt, wie die Jörg'sche verknüpft.

\*\*) Windthorst's Rede ist ebenfalls standalös verknüpft. Sie wies das Begründete der Jörg'schen Angriffe nach und unterwarf die Kallmann'sche nach allen Richtungen hin einer grausamen Kritik — namentlich auch die ganz geschweidrig Unterredung Bismarck's mit Kallmann.

†) Der Herr Reichskanzler vergißt das samose Telegramm über seine samose Balkonansprache.

†) Fürst Bismarck deutete sogar ganz unverkennbar an, daß Kallmann unschuldig, die ultramontane Partei allein schuldig sei — er muß also konsequenter Weise die Freilassung Kallmann's zu erwirken suchen.

den Reichskanzler angriffen, so stimmte mich das immer humoristisch, weil ihre Abfertigung sicher war. Heute aber bin ich darüber nicht ernst gestimmt, einmal, weil das Attentat Kallmann ohne die gefordringste Veranlassung in die Debatte hineingezogen worden ist, so auch dann aber, weil ich vor dem Hause, ja vor ganz Deutschland unter dem Europa konstatiren möchte, daß man der deutschen Regierung die Abfertigung unterzieht, daß sie planmäßig das friedliche Frankreich provozire und den Frieden Europas gefährde. Dies Mandat will ich hier öffentlich brandmarken. So in dieser Versammlung das ganze Ausland aufgeföh, ist eines Volksoberreters unwürdig, und will ich diese Ausprüche einfach kennzeichnen, als das, was sie sind, nicht was sie scheinen, so kann ich sie nur nennen ein Verbrechen gegen das Vaterland! (Stürmischer Beifall und Lärm. Theilweise Unruhe.)

Präsident: Der letzte Ausdruck des Abgeordneten Pasker ist nicht parlamentarisch, ich rüge ihn und rufe den Abgeordneten zum Ordnung.

Abgeordneter Windthorst: Was die Bemerkungen des Herrn Reichskanzlers über die „Germania“ und das „Bairische Vaterland“ anbelangt, so erwidere ich hierauf, daß wir mit dem letzteren in gar keiner Verbindung stehen und daß erstere vollständig unabhängig von uns ist. Der Herr Abgeordnete Pasker hat ge glaubt, seinem Gefühl einen starken Ausdruck geben zu sollen und hat unsere Handlungsweise unpatriotisch genannt. Wir aber halten es nicht nur nicht für unpatriotisch, sondern sogar für unsere Pflicht, wenn das auswärtige Amt in der Weise seine Angelegenheit führt, daß es sich überall hineinmischet und dadurch die Gelegenheit einer allgemeinen Koalition gegen Deutschland herbeizuföhren kann, daß wir dann eingreifen und dem Reichskanzler gegenüberreten. Wir wollen keine Koalition gegen unser Vaterland, wir wollen seinen Frieden und sein Gedeihen. \*)

Abgeordneter Pasker: Ich möchte nur die Kampfweise, in welcher die Herren von drüben vorgehen, aufdecken. Ohne überhaupt Thatsachen herbeizuföhren, häufen sie Beschuldigung auf Beschuldigung gegen die Regierung, lassen verstreut in ihren Reden ironische Bemerkungen fallen, ohne sie zu begründen u. s. w. Diefes Mandat kann ich allerdings nicht anders als unpatriotisch bezeichnen.

Abgeordneter Beseler: Das deutsche Volk hat über Kallmann gerichtet und das Wort des deutschen Volkes stimmt nicht überein mit dem Worte des Abgeordneten Windthorst. Darin stimmen Alle überein, daß keine direkte Einwirkung stattgefunden hat auf den Verbrecher, wohl aber in um so größerem Maße eine indirekte. Dem Herrn Reichskanzler aber rufe ich zu, er möge sich nicht in seinem Werke betheiligen lassen; das deutsche Volk mit seiner herzlichen Verehrung ist hinter ihm. \*\*)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die Diskussions geschlossen und die Session angenommen. \*\*\*)

## Politische Uebersicht.

— „Das neue Kaiserreich ist nur eine verschlechterte und verkleinerte Ausgabe des alten Bundes“, sagte 1870 einer unserer Abgeordneten im Reichstage. Wer das Folgende liest, wird sich recht lebhaft in die Zeiten des Metternich'schen Bundesstages zurückversetzt finden, nur daß man damals noch ein bißchen mehr auf den äußeren Anstand sah. In einer Versammlung des Arbeiterbundes zu München (am 29. Nov. d. J.) ließen sich — so berichtet der „Zeigzeit“ — auch zwei Studenten und ein junger Kaufmann in die Bundeslisten eintragen. Dies an sich sehr harmlose Ereignis sollte wieder einmal unsere Polizei Gelegenheit zur Entfaltung ihrer staatsbreiterischen Thätigkeit geben. Heute, Montag, 30. Nov., früh 8 Uhr, kam nämlich der sozialistische Agitator wider Willen, Herr Ghret, in die Wohnung eines Studenten, hielt denselben eine gebiegene, tiefstimmige Moral predigt und kündigte ihm an, daß er die Studenten, welche sich künftig in einer Arbeiterversammlung sehen lassen würden, durch die Gendarmen „abführen“ lassen werde. Die weiteren Folgen: Relegation (Verweisen von der Universität, resp. Polytechnikum) Ausweisung, Nichtbefähigung zu Staatsämtern u. s. w. hielten sich alsdann die Herren Studirenden selbst zuzuföhren. Der Kommissär zeigte sich dabei auch mit den persönlichen Verhältnissen der Studenten sowohl, als des jungen Kaufmannes sehr vertraut und ließ zugleich fallen, er wisse ferner, daß sie am Sonntag Abend wieder in der Leopoldstadt abgehaltene gemüthlichen Unterhaltung einer Anzahl Sozialdemokraten beigewohnt und sozialistische Gespräche geführt hätten. Dabei war Herr Ghret so freundlich zu bemerken: denken könnten die Studenten was sie wollten, nur an der Arbeiterbewegung theilzunehmen, wäre ihnen nicht erlaubt. Abgesehen davon, daß durch die Aufrichtigkeit des Kommissärs konstatirt ist, daß die Polizei auch in der harmlosesten Zusammenkünfte sozialistisch gestimmter Männer und Frauen ihre spionierenden Zuträger einschmuggelt, liegt in den Drohungen des Beamten eine flagrante Ueberschreitung der polizeilichen Amtsbefugnisse, welche alle Studirenden München's ohne Rücksicht auf die Verdienste der politischen Anschauungen einmüthig werden zurückweisen müssen, wollen sie sich nicht willkürlich in das nicht gerade besonders ruhmvolle Schicksal der polizeilich Beaufsichtigten und Bevormundeten ergeben. Auch die Studenten der übrigen deutschen Universitäten sollten sich dieser Vorgang hinter die Ohren schreiben. Zu den „Beaufsichtigten und Bevormundeten“ gehören alle Studenten — freilich die meisten sind's mit Vergnügen!

— Fabrikantenpraxis. Man schreibt aus Nürnberg: „In neuerer Zeit kommt es immer häufiger vor, daß Arbeitgeber und Fabrikanten ihre Arbeiter unter den nichtigsten Vorwänden entlassen, und zwar ohne die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist, wenn nicht zwischen Arbeitgeber und Arbeiter vorher etwas anderes verabredet ist. Alle Fabrikordnungen gelten aber als gegenseitige Vereinbarung, und wenn sie noch so despotisch sind. Die Arbeiter müssen sich deshalb sofort, wenn die Fabrikordnung bekannt gegeben wird, gegen dieselbe verwahren, das heißt, unter solchen Umständen einfach nicht arbeiten; geschieht dies aber nicht, so müssen sie sich fügen und lassen ihnen mit dem besten Willen Niemand helfen. In der Cramer Klett'schen Fabrik existirt nun ein derartiges Schriftstück, welches ausdrücklich besagt, daß keine Kündigungsfrist in der Fabrik besteht. Die Fabrikleitung hat demnach das Recht, die Arbeiter zu jeder Stunde zu entlassen, und wird auch von einzelnen Borarbeitern der umfassendste Gebrauch davon gemacht.“

\*) Windthorst verwies auf die Rede des Thiers gegen den Krieg, die man sehr patriotisch gefunden habe.

\*\*) Herr Beseler blieb in seinem ganz kurzen Ueberschuss vor lauter Bismarckbegeisterung ein halb Dutzend mal stehen und brachte keinen einzigen Satz heraus.

\*\*\*) Nach ihrer bekannten Manier thun die Nationalliberalen und sonstigen Reptilien, als sei die Affaire des 4. Dez. ein großer „Triumph“ für Bismarck gewesen. Wir wünschen ihnen recht viele solcher „Triumph“.

schon vorhergekommen, daß wegen 5-10 Minuten „Zwangsarbeit“ der betreffende Arbeiter entlassen wurde. Ganz besonders hat man aber, allem Anscheine nach, die rohgefärbten im Auge. Es ist deshalb dringend geboten, daß jeder Arbeiter sich unter der Fabrikordnung befindet, soll und muß jeder Arbeiter seine vierzehntägige Kündigungsfrist beanspruchen und nöthigenfalls auf Entschädigung klagen.“ Die Arbeiter mögen sich das merken!

Das „Infam“, welches Liebnecht der in vielen deutschen Gefängnissen beliebten Praxis gegen „politische Verbrecher“ in der Reichstags-Sitzung des 21. Nov. aufbrannte, wurde selbst von einem Theile der Reichstagsmajorität durch Rufe der Zustimmung (die natürlich im stenographischen Berichte fehlen) als wohlverdient anerkannt; die von Liebnecht angeführten Thatsachen hat Niemand auch nur in Zweifel zu ziehen gewagt. Das einzige Blatt, welches für die „infame“ Praxis einzutreten die Stirn hat und die Liebnechtsche Schilderung der Behandlung Ross's in Plögensee bespöttelt, sind die sog. demokratischen „Berliner Wespenn“, redigiert von Stettenheim. Dieser Stettenheim ist ein Freund Brauns („unseres“ Brauns). Das sagt genug.

Zum Rückgang der Sozialdemokratie. Die in Mainz erscheinende „Süddeutsche Volksstimme“ wird vom 1. Januar 1875 ab täglich erscheinen und zwar unter dem Namen „Neue Mainzer Zeitung“. Die „Süddeutsche Volksstimme“, die bei ihrer Begründung wöchentlich dreimal erschien, wurde im letzten Vierteljahre wöchentlich nur einmal herausgegeben, weil man so, wie seiner Zeit mitgetheilt, die Mittel zum täglichen Erscheinen rascher beschaffen zu können glaubte. Die Gegner frohlockten, sie erblickten in dieser Maßregel einen Rückgang der Sozialdemokratie in Mainz. Doch das Gegenheil von dem, was die Gegner wünschten, ist eingetreten: als täglich erscheinendes Blatt wird die „Neue Mainzer Zeitung“ um so wirksamer die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten und die Klassenherrschaft bekämpfen können.

### Aus dem Nationalzuchthaus.

Most hat nachstehende „Petition“ an den Reichstag gerichtet:

Der ergebenst Unterzeichnete erlaubt sich hiermit, den deutschen Reichstag ebenso dringend als höflich zu ersuchen, derselbe wolle:

- 1) auf das Zustandekommen eines Gesetzes, durch welches die Behandlung politischer Gefangener in zeitgemäßer Weise geregelt wird, baldmöglichst hinarbeiten und
- 2) den Reichskanzler auffordern, die preussische Regierung zu veranlassen, die geeigneten Schritte zu thun, daß Petent im Strafgefängnisse am Plögensee, wo er gegenwärtig politischer Vergehen halber internirt ist, eine solche Behandlung erleide, wie sie politischen Gefangenen gebührt, nämlich, daß er nicht, wie bisher geschah, zu Zwangsarbeit angehalten, zum Genug der Gefängnislohn genügt und in der freien Wahl seiner Kostüre beeinträchtigt werde, vielmehr das Recht der Selbstbestimmung und der literarischen Beschäftigung zugestanden bekommen.

#### Gründe.

Ad 1) Nicht man in Betracht, daß die Vollstreckung der Gefängnisstrafe in Deutschland zur Zeit in einer geradezu anarchischen Weise von Station zu Station geht, so daß z. B. bald Jedem das Recht der Selbstbestimmung zugestanden wird, bald nur sogenannten distinguirten Personen, bald nur Soldaten, die sich leicht verdingen lassen, bald gar Keinem, so daß ferner in einem Gefängnisse die Zwangsarbeit obligatorisch, in einem andern nur in beschränktem Maße und in einem dritten garnicht eingeführt ist, und daß — um kurz zu sein — bei der jetzt üblichen Vollstreckung der Gefängnisstrafe dieselbe an einem Orte der Festungshaft und an andern der Zuchthausstrafe gleicht, so wird man sich versehen müssen, daß derartige Zustände ganz unhaltbar sind, und daß ein Strafvollzugs-Gesetz ein höchst dringendes Bedürfnis ist.

Unter den Fachleuten ist man auch über diesen Punkt in der That übereinstimmend Meinung und es darf daher wohl eine diesbezügliche Gesetzesvorlage bald erwartet werden. Und bei Gelegenheit der Regelung des Strafvollzugs wird man hoffentlich nicht vergessen, hinsichtlich der Behandlung solcher Personen, die wegen politischer Vergehen zu Freiheitsstrafen verurtheilt sind, spezielle Bestimmungen zu treffen.

Noch besser, und meiner Ansicht nach auch weit zweckentsprechender und gerechter dürfte es indessen sein, wenn bei der vorzunehmenden Revision des Strafgesetzbuchs diejenigen Paragraphen desselben, welche von politischen Vergehen handeln (wenn man sich schon zu deren Anmerkung nicht verstehen will), dahin abgeändert werden, daß statt Gefängnisstrafe Festungshaft angeordnet wird.

Wie nun immer die tragliche Angelegenheit definitiv geregelt werden mag, jedenfalls können diejenigen, welche zur Zeit wegen politischer Vergehen in täglich sich mehrender Anzahl verurtheilt werden, nicht darauf warten, vielmehr kann denselben nicht verargt werden, wenn sie darum nachsuchen, daß möglichst schleunig eine Art Nothgesetz geschaffen werde, vermittelst dessen wenigstens den größten Nothständen, unter denen sie gegenwärtig zu leiden haben, begegnet wird.

Um die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes anschaulicher zu machen, erlaubt sich der Unterzeichnete, nur auf einige Vorkommnisse der jüngsten Zeit hinzuweisen.

In Sachen wurden innerhalb der letzten fünf Jahre etwa fünfzig Sozialdemokraten zu ungefähr 500 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Behandlung, welche denselben während der Verurteilung ihrer Strafen zu Theil wurde, war, von einigen Chikanen abgesehen, ziemlich human, und hat man ihnen weder im Landesgefängnisse zu Zwidau, noch in den verschiedensten Ortgefängnissen das Recht der Selbstbestimmung, der Beschäftigung ad libitum, der freien Wahl ihrer Kostüre verweigert.

In Bayern liegt die Sache schon anders. Während hier z. B. der Redacteur des „Vaterland“, Dr. Sigl, im Münchener Gefängnisse wiederholt auf die anständigste Weise behandelt wurde, traktirte man den Buchdrucker Wölelein, der wegen Preßvergehens 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, wie einen gemeinen Verbrecher, indem ihn die Verwaltung der Strafanstalt zu Amberg zum Einsämen von Bettwürmern zwang u. s. w.

In Hessen trug sich ein dem zuletzt erwähnten ähnlicher Fall zu. Der Sozialdemokrat Zirfas, der wegen Majestätsbeleidigung eine zrimonallische Gefängnisstrafe zu erleiden hatte, wurde im Gefängnisse zu Mainz mit etwa 20 verwahrlosten Individuen zusammengepackt, zu Zwangsarbeit angehalten und an der Selbstbestimmung gehindert.

Auffälliger jedoch als sonstwo tritt die Mannigfaltigkeit der Behandlung politischer Gefangener in Preußen zu Tage. Die eingesperrten Bischöfe werden außerordentlich schonend, die inhaftirten Pfarrer und Kaplanen ziemlich inständig, die meisten Sozialdemokraten hingegen kaum anders als Stroche behandelt.

Ein solches Vergehen ist wahrlich geeignet, die sogenannte „Rechtsgleichheit“ als abgeschmackte Phrase erscheinen zu lassen, und kann Deutschland gewiß nicht zum Ruhme gereichen.

Die mitgetheilten Thatsachen werden wohl keines Commentars bedürfen und schon an sich trost genug erscheinen, um den Deutschen Reichstag zu veranlassen, durch Schöpfung eines geeigneten Gesetzes solch schmachvollen Zustände ein Ende zu machen.

Ad 2) erlaube ich mir zunächst den Sachverhalt zu skizziren.

Das bekannte gegen mich erlassene Strafurtheil wegen angeleglicher Vergehen gegen die §§ 130 und 185 des Strafgesetzbuchs erlangte durch Verweisung der von mir erhobenen Nichtigkeitsbeschwerde Seitens des preussischen Obertribunals am 18. Sept. d. J. sogenannte „Rechtskraft“, und ich hatte von jenem Tage an meine Ueberführung von der Berliner „Stadtoozigtei“, wo ich seit einem halben Jahre in Untersuchungshaft mich befand, nach dem Strafgefängnisse am Plögensee zu gewärtigen. Da ich aber von letzterem Institute wenig Einladendes vernommen hatte, so stellte ich beim preussischen Justizministerium den Antrag, es möge mir gestattet werden, meine Strafe in der Berliner Stadtoozigtei zu verbüßen, weil in der Strafanstalt am Plögensee der Selbstbestimmung und Aehnlichem, was ein politischer Gefangener wohl zu beanspruchen berechtigt sei, Hindernisse im Wege ständen.

Ich glaubte um so sicherer, daß diesem meinem Antrage entsprochen würde, als erst vor einiger Zeit ein wegen Todtschlags zu längerer Gefängnisstrafe Verurtheilter von der Strafanstalt am Plögensee einzig und allein deshalb nach der Berliner Stadtoozigtei versetzt wurde, weil er das Recht der Selbstbestimmung beanspruchte und in jener Anstalt nicht erlangen konnte; allein ich täuschte mich.

Das Justizministerium schickte mein Gesuch ans Berliner Kammergericht und dieses übergab es dem Berliner Stadtgericht, welches letzteres sich dahin aussprach, daß kein Grund vorliege, mit mir eine Ausnahme zu machen. Ich war ja kein distinguirter Todtschläger!

Noch ehe diese Entscheidung erfolgt war, hatte man mich übrigens schon eines schönen Morgens — meinem Erfassen, mich auf eigene Kosten allein und in anständiger Weise zu befördern, entgegen — gemeinsam mit sieben Spießbuben in einen Armensünderkarren (sog. „grünen Wagen“) gepackt und nach der Strafanstalt am Plögensee befördert.

Ueber den Empfang, der mir hier zu Theil wurde, mag hier nur das Wesentlichste Platz finden.

Als ich beantragte, daß mir, da ich politischer Gefangener sei, erlaubt werden möge, mich selbst zu beschäftigen und literarisch zu beschäftigen, wurde mir Seitens der Direktion bemerkt: ich sei kein politischer Gefangener, solche gäbe es überhaupt gar nicht; Leute meines Schlages seien eigentlich weit gefährlicher als Diebe; ich müßte die Fude anziehen, die Handloft essen und das übliche Arbeitspensum liefern, und zwar werde man mich, da ich Buchbinder sei, der Cartonnage-Abtheilung zuweisen!

Die von mir hiergegen gemachten Vorstellungen hatten zur Folge, daß sich die Direktion entschloß, ihre Entscheidung um 24 Stunden auszusetzen. Nach Umlauf dieser Frist wurde mir mitgetheilt:

daß mir das Tragen der eigenen Kleider gestattet sei (meiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter halber), daß es aber hinsichtlich des Genusses der Gefängnislohn und der zwangsweisen Beschäftigung sein Bewenden habe. In Bezug auf letzteren Punkt sollte ich indess entbanden sein, mehr als das Pensum zu liefern, vielmehr sei mir erlaubt, nach Ableistung des aufgegebenen Arbeitsquantums mich geistig zu beschäftigen, jedoch nur so, wie es die Direktion zu regeln für gut findet, nämlich nicht politisch.

Gegen diese Anordnungen wurde ich bei der Gefängnis-Commission vorstellig, allein ohne Erfolg, indem dieselbe ungefähr folgendermaßen entschied:

Nach der Hausordnung der Anstalt kann die Direktion zwar solchen Gefangenen, die sich im Besitze ihrer Ehrenrechte befinden, was bei Ihnen der Fall ist, die Selbstbestimmung gestatten, sie hat sich aber im Hinblick auf die Art Ihres Vergehens (!) und Ihre Vorstrafen nicht veranlaßt gesehen, dies zu thun. Mit der Verweigerung der Selbstbestimmung fällt aber das Recht auf Beschäftigung nach Belieben von selbst, weil nach der Hausordnung nur Denjenigen dieses Recht zugestanden werden kann, die sich selbst beschäftigen dürfen. Auch findet die Commission, daß die Ihnen zugewiesene Beschäftigung eine ganz angemessene ist. Sie sind eigentlich Buchbinder und waren nur als Autodidakt publizistisch thätig und zwar in einer Weise, die Sie fortwährend mit dem Strafgesetzbuch in Conflict brachte. Es kann somit nur gut sein, wenn Sie durch die Ihnen jetzt anvertrauten Arbeiten zu Ihrem ursprünglichen Beruf zurückgeführt werden. (!!!)

Es waren auch verschiedene Zeitschriften u. dgl. an mich eingekauft, von der Direktion aber einbehalten worden, weshalb sich die Gefängnis-Commission auch über diesen Punkt ausgelassen hatte. Und sie entschied hierüber, wie folgt:

Die an Sie eingekauften Zeitschriften u. s. sind meist sozialdemokratischer Natur und können Ihnen schon deshalb nicht verabfolgt werden, weil dieselben geeignet wären, Sie in Ihren Anschauungen auf Neue zu befestigen. Da Sie aber behaupten, ein dringendes Bedürfnis zu haben, mit der Tagesgeschichte sich vertraut zu halten, so wird Ihnen die Wahl gelassen zwischen der „Norddeutschen Allgemeinen“, „National-“ und „Boschischen Zeitung“! —

Da ich mich selbstverständlich bei diesem Entscheid nicht beruhigen konnte, reichte ich ein Gesuch beim preussischen Justizminister ein, durch welches ich um schleunige Aenderung der getroffenen Bestimmungen, mittelst welcher ich in eine gradezu haarsträubende Situation versetzt wurde, bat.

Ich wußte, daß besagter Justizminister gelegentlich der jüngst stattgehabten Strafanstaltsbeamten-Conferenz sich auf den Standpunkt des Geh. Regierungsraths v. Mülling gestellt hatte, welcher die Verweigerung der Selbstbestimmung gegenüber Gefangenen meiner Art eine entschiedene Ungerechtigkeit nannte; aus diesem Grunde erwartete ich mit Zuversicht eine mir günstige Entscheidung.

Was that jedoch der preussische Justizminister? Anstatt einfach einen entsprechenden Commentar zu den einschlägigen Stellen der Hausordnung des Strafgefängnisses am Plögensee der Verwaltung desselben übermitteln zu lassen, schob er sich die ganze Angelegenheit vom Halbe. Er sandte mein Gesuch ans Berliner Kammergericht, das sich ebenfalls die Arbeit leicht machte, indem es dem Berliner Stadtgerichte die Sache zur Begutachtung überwies. Bei letzterer Behörde sagte nun die 7. Deputation (die auch meine Verurteilung geleistet hatte), den Beschluß, mein Gesuch nicht zu beantworten.

Somit bleibt mir nur der einzige Weg, mich an den gesetzgebenden Körper zu wenden, wie hiermit geschieht.

Was zunächst die Selbstbestimmung anlangt, so bemerke ich, daß ich allenfalls auf dieselbe verzichten könnte, wenn nicht anderweitige Dinge dabei in Betracht kämen. Es wurden mir durch den Anstaltsarzt (nicht weil ich politischer Vergehen halber inhaftirt bin, sondern meiner Körperschwäche wegen) einige Nahrungsmittel als Zugaben zu der Gefängnislohn verschrieben; auch bin ich ein ziemlich genügsamer Mensch; und endlich kann von dem nächstgelegenen Dorfwirtschaftshause, der einzig denkbaren Bezugsquelle für Selbstbestimmter hiesiger Anstalt, doch nichts Oedentliches erlangt werden. Man handelt es sich aber nicht um mich allein, sondern auch um alle Jene, die nach mir politischer Vergehen halber hier selbst inhaftirt werden, und ich darf nicht unterlassen, auch hierauf Rücksicht zu nehmen. Was mich aber in erster Linie bestimmt, die Forderung der Selbstbestimmung aufrecht zu erhalten, das ist der Umstand, daß mit diesem Rechte alle sonstigen Bezugsleistungen stehen und fallen. Ohne Selbstbestimmung kein Erlaß der Zwangsarbeit!

Als zur Zeit der schwärzesten Reaction die zu Zuchthausstrafen verurtheilten politischen „Verbrecher“ zu Zwangsarbeiten angehalten wurden, da erstute ein Schrei der Entrüstung im ganzen Lande und jeder halbwegs Gerechdenkende verdamnte das barbarische Verfahren. Jetzt, in der sogenannten „liberalen“ Aera, verurtheilt man zwar unliebsame Redner und Schriftsteller nicht mehr zu Zuchthaus, sondern zu Gefängnis, martert sie aber dennoch durch Zwangsarbeit. Denn so ehrenvoll mir jede Art von Arbeit erscheint, ebenso entehrend erscheint mir jedwede Zwangsarbeit.

Man ist in der Strafpraxis längst davon abgekomen, die Arbeit in den Strafanstalten als Strafmittel aufzufassen, wendet sie vielmehr als Mittel zur Besserung der Gefangenen an. Hat man es nun mit arbeitsscheuen Leuten zu thun, so ist ein derartiges Besserungsmittel gewiß am Plage; bei politischen Gefangenen liegt es aber auf der Hand, daß es ungehörig ist, wenn man sie zu Zwangsarbeit anhält, zumal das Strafgesetzbuch nur davon spricht, daß Gefangene beschäftigt werden „können“, nicht aber davon, daß sie beschäftigt werden müssen. Und wenn irgend ein spitzfindiger Commentator den letzteren Sinn in den laconischen Wortlaut des Gesetzes hineininterpretirt hat, so kann dies um so weniger maßgebend sein, als verschiedene Fachautoritäten dem nicht beistimmen, so z. B. der sächsische Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze. Kurzum: Die Anwendung der Zwangsarbeit bei politischen Gefangenen kann nur den einen Zweck haben, selbige zu quälen. Die Androhung, es müsse doch für die verabsolgte Gefängnislohn u. s. w. eine Gegenleistung entrichtet werden, kann z. B. mir gegenüber nicht gemacht werden, da ich mich erboten habe, im Falle man mich von der Zwangsarbeit entbindet, zu bezahlen, was mir geliefert wird, worauf jedoch nicht eingegangen wurde.

Der Hinweis auf den Umstand, daß ich einst Buchbinder war, kann auch nicht durchschlagen. Denn seit ca. sechs Jahren bin ich publizistisch thätig und brauche mich meiner literarischen Arbeiten nicht zu schämen. Ob ich mir aber meine Vorbildung auf höheren Bildungsinstituten oder auf autodidaktischem Wege angeeignet habe, das ist lediglich meine Sache.

So oft ich vor Gericht stand, konnte ich beobachten, daß die öffentlichen Ankläger in ihren wider mich gerichteten Strafanträgen und die Richter in ihren Erkenntnissen sich bemühten, als das erschwerendste Moment meine Bildung hervorzuheben; jetzt will man mir plötzlich dieselbe abprechen. Erst wird meine Bildung hoch abgehängt, um eine möglichst hohe Strafe über mich verhängen zu können, dann degradirt man mich wieder zum simplen Buchbinder, um die langandauernde Strafe auch noch durch allerlei kleinliche Maßnahmen verschärfen zu können.

Nicht allein, daß ich verdammt bin, täglich mein Arbeitspensum wie jeder Spießbube zu liefern, nein, es werden mir auch noch in derjenigen Zeit, die ich mir bei besonders stiftiger Berrichtung der mir anvertrauten Zwangsarbeiten erübrigen kann, ganz entschieden die Fingel gesteckt, indem ich selbst da noch nicht die Erlaubnis habe, mich beliebig geistig zu beschäftigen. Zu welchen Verdrießlichkeiten ein solcher Zustand tagtäglich führen muß, liegt wohl auf der Hand, braucht also nicht näher erörtert zu werden.

Als Mitglied eines gesetzgebenden Körpers habe ich z. B. das lebhafteste Interesse, verschiedene Zeitungsstimmen über Gesetzentwürfe u. dgl. zu vernehmen. Die Anstalts-Direktion und Gefängnis-Commission erlauben mir aber nur die Lektüre eines Blattes. Ebenso verhält es sich mit meinen Studien. Seit Jahren treibe ich Socialökonomie und soll daher Alles, was auf diesem Gebiete veröffentlicht wird, zur Kenntniß nehmen, ob es nun von Mandchtern oder Sozialisten herrührt, aber nichts da: es kann nur dasjenige in meine Hände gelangen, was die Anstalts-Censur bestet. Und so ist es in jeder Hinsicht.

Der Zweck aller diesbezüglichen Maßregeln soll — man höre und staune! — meine Besserung sein! Es ist wirklich mehr als verlegend! Bei einem selbständig denkenden Manne setzt man voraus, man könne — wie bei einem dummen Jungen — seine Ueberzeugungen und Anschauungen durch momentane äußere Einwirkungen beliebig umketen! Wer sollte ernstlich an die Nichtigkeit einer derartigen Voraussetzung glauben? Gewiß kein Mensch. In Wirklichkeit handelt es sich und kann es sich nur darum handeln, mir während meiner Gefangenschaft das Leben möglichst zu verbittern.

Und zu alledem sagt der preussische Justizminister Ja und Amen! Denn daß er sich durch Weiterschlebung meines Gesuchs saloirte, ändert Nichts an der Sache. Er konnte die Angelegenheit regeln, aber mochte nicht!

Daß nun angesichts der geschilderten Lage der Dinge mein Ersuchen um Abhülfe gerechtfertigt ist, wird der Deutsche Reichstag gewiß nicht verkennen, und, daß ich nicht solange warten kann, bis durch ein Gesetz die Behandlung politischer Gefangener im Allgemeinen geregelt wird, gleichfalls. Demgemäß hoffe ich, daß der Deutsche Reichstag schleunig den Reichskanzler zur Anordnung geeigneter Maßregeln auffordern werde.

Strafgefängnis am Plögensee, den 23. November 1874.

H. Johann Most, Schriftsteller und Reichstagsabgeordneter.

(Obiges Schriftstück ist der Petitions-Commission übergeben worden, und haben mehrere einflussreiche Reichstagsmitglieder das Versprechen gegeben, dafür zu sorgen, daß es nicht in dem Papierkorb der Commission begraben wird. Einen direkten Antrag zu stellen, war den sozialistischen Abgeordneten, ihrer numerischen Schwäche halber, nicht möglich.)

### Innere Partei-Angelegenheiten.

Als Vertrauensmänner wurden weiter dem Ausschuss vorgeschlagen und sind von diesem nebst Revisoren bestätigt: Schewitz: G. E. Brückner. Dederan: K. Richter. Kaiserlautern: B. Bach.  
Der Partei neu angeschlossen hat sich: Stein bei Burgstädt in Sachsen, Vertrauensmann H. Wähler.  
Mit sozialdemokratischem Gruß!  
Hamburg, 6. Dezember 1874.

J. A.:  
J. Auer, Breitestraße 39.

### Gewerkschaftliches.

**Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts.** (Sitz Weimar).

**Grimmischau,** 6. Dezember. Abrechnung für die Monate Juli, August und September. Einnahme: Kamenz Thlr. 1., Apolda 2. 14. —, Braunschweig 11. —, Großenhain 7. 12. —, Meerane 7. 20. —, Breslau 2. 1. 7., Wolfenbüttel —. 29. —, Schweinau 25. 28. —, Augsburg 7. 1. 4., Grimmitzschau 7. 28. —, Delitzsch 3. 2. —, Rowawes 2. 17. —, Gotha 1. 9. —, Gera 6. 4. —, Magdeburg 5. 10. 9., Droitzgen 3. 11. 2., Plauen i. B. —. 14. —, Leisniz 3. 20. —, Riddagehausen 6. 9. —, Ausgabe: Riddagehausen Thlr. 10., Apolda Thlr. 3.

Im Rückstand sind: Schönaue, Berlin, Stollberg, Denben, Dresden, München, Oberndorf. — Reclamationen über die Abrechnung sind zu richten an Ferd. Böttcher, Peterstr. 557 BB.

Gewerkschaften allerorts! Wie aus obiger Abrechnung zu ersehen ist, ist die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaft eine schwache zu nennen, trotzdem dieselbe früher zu den stärksten zählte, in Bezug auf die Ortschaften, welche zu uns gehörten. Viele derselben sind ausgezogen, um sich einer andern Organisation anzuschließen, von welcher sie vielleicht Besseres erwarteten. Diese große Anzahl Orte müssen durch rege Agitation unserer Organisation wiedergewonnen werden. Die Lage der Manufakturarbeiter ist eine ganz erbärmliche zu nennen, und dennoch erdrosseln sich die Herren Arbeitgeber, die Löhne zu rezykliren, die so schon zum Sterben zu viel und zum Leben zu gering sind. Darum ist es Pflicht aller Genossen, die uns noch fernstehenden aufzuklären, auf daß sie sich unserer Organisation anschließen, denn nur durch festes einiges Zusammenhalten aller Arbeiter kann die Lage derselben gebessert werden.  
Für die Verwaltung:  
E. Poser, Peterstraße 557 CC.

### Berein der Sattler und Berufsgenossen.

**Berlin,** 1. Dezember. Monatsabrechnung der Central-Kasse pro November. Einnahme: Von der Mitgliedschaft Berlin 17 Thlr. 18 gr., Magdeburg 13 gr. 6 pf., Hamburg 6 Thlr. 8 gr. Summa 24 Thlr. 9 gr. 6 pf. Ausgabe: Abonnement für das offizielle Organ „Volkstaat“ und 6 Extra-Exempl. 13 gr. 6 pf., Porto für Briefe und Postete 1 Thlr. 4 gr., Reisekosten für den Vorsitzenden Henke nach Leipzig und Halle 7 Thlr., Kassirergehalt 5 Thlr., Reiseunterstützung an 2 Fremde 2 Thlr., Summa 15 Thlr. 17 gr. 6 pf. Bilanz: Einnahme 24 Thlr. 9 gr. 6 pf. Ausgabe 15 Thlr. 17 gr. 6 pf. Bleibt Summa 8 Thlr. 22 gr. Hierzu Bestand pro Oktober 41 Thlr. 28 gr. Verbleibt Bestand 50 Thlr. 20 gr.

Die Vertrauensmänner sämtlicher Vereine werden ersucht, in kürzester Zeit bejuss Bestimmung der Löhne und Arbeitszeit Versammlungen einzuberufen und dem Vorstände eine genaue Statistik hierüber einzusenden und außerdem die Zahl der Mitglieder anzugeben. Die Vereinsstatistiken von Kösdorf bei Bonn sind vom früheren Vertrauensmann Knyssik (jetzt in Deutz, Eisenbahnstraße 2 wohnhaft) eingekandt, da jedoch die Vereinsgelder im Betrage von 8 Thlr. 15 Gr. nicht dabei sind, so wird derselbe aufgefordert, dieselben einzusenden; ebenso wird das frühere Mitglied in Kösdorf, Dahlmann, welches aus der dortigen Kasse 1 Thlr. entnommen hat, aufgefordert, das Geld einzusenden. Ferner wird der ehemalige Vertrauensmann in Stuttgart, Thieler, Lindenstr. 21 wohnhaft, ersucht, die noch vorhandenen Statuten und Quittungsbücher einzusenden. — Was die Arbeit hierorts anbelangt, so ermahnen wir jeden Kollegen, wenn möglich, Berlin zu meiden, indem fast sämtliche Privatarbeit darnieder liegt und die Müllarbeit zu Ende geht; in Folge dessen ist eine ungeheure Ueberhäufung an Arbeitskraft vorhanden. Wenn auch die Tischlerarbeit bis dato so leblich ging, so löst dieselbe bereits nach mit hin haben wir hier für unser Geschäft, da der Winter erst anfängt, nichts erfreuliches zu erwarten. Die Nachrichten aus sämtlichen Vereinen sind fast gleichlautend, überall ein stiller Geschäftstegung und Arbeitskräfte vollauf.

Zur weitem Notiz diene Folgendes: Der jetzige Vertrauensmann in Hannover heißt G. Bergemann, wohnhaft Grünestr. 20; der Vertrauensmann in Chemnitz Hamann, der Kassirer daselbst B. Ried, äußere Kochstraße 6, bei Fr. Selmann. Wegen Krankheit des Vertrauensmanns Krey in Offenbach ist jetzt A. Wig, Darmstädterstr. 24 bei H. W. Ditto, an dessen Stelle ernannt und wird die Reiseunterstützung gezahlt im grünen Baum von 12 bis 1 Uhr Mittags. Sämtliche Briefe sind einzusenden an den Vorsitzenden Henke, Chausseestr. 24, Gelder und Abrechnungen an den Unterzeichneten.

Mit Gruß im Auftrage des Vorstandes  
W. Wirths, Kassirer, Alexandrinenstr. 116, S. W.

### Gewerkschaft der Schuhmacher.

**Gotha.** In Karlstraße hat sich eine Anzahl Kollegen der Gewerkschaft angeschlossen. Bevollmächtigter ist H. Klingel, bei Meißner Wader, Waldhornstraße; Kassirer C. Durr, ebendasselbst; Schriftführer J. Weißer; Kontrolleure J. Willig und A. Schreyer. Desgleichen sind in Freiburg i. B. 28 Kollegen beigetreten. Bevollmächtigter ist Joseph Frimkös, Weberstraße Nr. 8, 3 Tr.; Kassirer J. Haug, ebendasselbst; Schriftführer Alois Selb; Revisoren Hermann Schmidt und Jacob Kappler. Auch in Wessphalen regt sich unter den Kollegen und hat sich in Mühlheim a. R. eine Anzahl Genossen zum Beitritt erklärt. Bevollmächtigter ist J. Bardamer, bei G. Westhof, Bachstraße 46.

Nachdem wir unsern Genossen die angenehme Nachricht von der raschen Ausdehnung unsrer Gewerkschaft zur Kenntnis gebracht, sind wir in der nicht minder glücklichen Lage, über die innere Kräftigung der Mitgliedschaft berichten zu können. Darmstadt, Köln a. R., Mainz, Landshut u. s. w. machen die erfreulichsten Fortschritte. An die Beamten der Gewerkschaft richten wir jedoch auch das Verlangen, recht pünktlich ihre Pflicht und Schuldigkeit zu thun, desgleichen die Mitglieder. Je größer unsere Gewerkschaft wird um so fester müssen wir uns aneinander fetten und dadurch jene Macht verlangen, mit der wir uns zu einer besseren Zukunft Bahn brechen.

Der Bevollmächtigte in Köln a. R. Franz Schackner wohnt Mühlergasse 23, woselbst die Reiseunterstützung ausbezahlt wird. In Halle a. S. wohnt der Bevollmächtigte Georg Jädel, Reilstraße 6, Siebigenstein. In Bamberg ist Bevollmächtigter J. Schreiber bei Meißner Erwein, Rosengäßchen; Kassirer P. Ries, Zwerggäßchen 487, Waplag.

Es werden die Mitgliedschaften Freiberg in Sachsen und Fürth in Baiern und Ludwigschafen a. R. hundertfach aufgefordert, ihren Pflichten gegen die Hauptkasse nachzukommen, sowie einen Bericht über den Stand der Mitgliedschaft einzusenden. Ist das ehrenhaft für Euch, Material unter verschiedenen Umständen kommen zu lassen um hinterher nicht ein Lebenszeichen von sich zu geben? Besuchen die Mitgliedschaften noch? und wie? Wenn nicht, warum sendet Ihr das ganze Material nicht zurück? Gehört es Euch? Wir rechnen bestimmt auf eine befriedigende Antwort. Desgleichen ersuchen wir die Kollegen in Reichenhall i. B., Erlangen und Straubing um Nachricht.  
Gruß die Verwaltung. B. Bod.

### Correspondenzen.

**Ottensen.** An die Cigarrenarbeiter Deutschlands! Allen Kollegen zur Nachricht, daß wir am 5. Dezember bei den Cigarrenfabrikanten Kolling u. Comp. die Arbeit eingestellt haben wegen zu schlechter Zurückzahlung und wegen noch schlechterer Tabake.

**Berlin,** 28. November. Donnerstag, den 26. d. M., fand die erste Generalversammlung des „Vereins der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ statt. Nachdem durch den Vorstand ein kurzer Bericht über die bisherige Thätigkeit erstattet und die Abrechnung erfolgt war, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten, und da die seitherigen Vorstandmitglieder sämtlich die Neuwahl ablehnten, wurden gewählt: zum ersten Vorsitzenden E. Bernstein, zum zweiten Vorsitzenden J. Heiland und zum Schriftführer D. Stollen; ferner in den Ausschuss: Mohr, Keitel, Gerstenberg, Holzappel und Wobisch. Hieran entspann sich eine ziemlich lebhaft lang andauernde Debatte über die Frage: „Wie soll fernhin die Agitation für die Ausbreitung des Vereins betrieben werden,“ während welcher verschiedene hierauf bezügliche Anträge einliefen, von denen folgende von der Versammlung acceptirt wurden:

- 1) „Es soll regelmäßig wöchentlich eine Versammlung des Wahlvereins in ein bestimmtes Local einberufen und nebenbei für rege Agitation in den verschiedenen Wahlkreisen Sorge getragen werden.“
- 2) „Die heutige Generalversammlung erklärt es als erste Pflicht jedes Vereinsmitgliedes für zahlreichen Besuch der vom Verein einberufenen Versammlungen zu sorgen.“

Noch ein Antrag, dahin gehend, die Agitation mehr mittels Volksversammlungen zu betreiben, war eingegangen, wurde aber von verschiedenen Seiten unter Hinweis auf die eigenthümlichen Berliner Verhältnisse bekämpft und schließlich abgelehnt. — Außerdem wurde noch beschlossen, die nicht regelmäßigen Versammlungen auch im „Neuen Sozial-Demokrat“ zu anno-ciren.  
Mit sozialdemokratischem Gruß!  
D. Stollen, d. 3. Schriftführer.

### Quittung

über die eingegangenen Gelder für die durch Brandunglück betungelachten Mitglieder der Webergewerkschaft zu Gringowalde.  
Von B. Wink aus Leipzig Thlr. 3. 7.; von der Gewerkschaft der Holzarbeiter Leipzig durch E. C. Eisert Thlr. 8. 5.; in der Friedrichschen Pianofortfabrik in Leipzig, gesammelt durch R. Willede Thlr. 2. 10.; von Albert und Anna Dull in Ullertalheim Fl. 1. 4.; von Eißner in Görlitz Thlr. 3.; vom Fachverein der Tischler in Görlitz Thlr. 9.; von G. Hablich in Leipzig Thlr. 11. 17.; von G. Bernstein in Berlin Thlr. 2. 2. 9.; von F. Bartholdi in Wittwaba Thlr. 2., gesammelt bei einer Abendunterhaltung des Arbeitervereins; von W. Hofmann in Gaimichen Thlr. 1.; vom Volkverein in Reichenbach durch C. Wolff Thlr. 2.; von der Gewerkschaft der Schuhmacher in Halle a. S. durch J. Kamtsch Thlr. —. 21.; von Hablich in Leipzig Thlr. 5. 17. 5.; von der Gewerkschaft der Holzarbeiter in Görlitz durch G. Bruch Thlr. 5.; von E. Krämer in Koburg Fl. 5. 15., gesammelt beim Schlußfeste des Arbeitervereins; von der Holzarbeiter-Gewerkschaft in Erfurt durch J. Rindorff Thlr. 5.; von der Holzarbeiter-Gewerkschaft in Naderberg d. B. Mühlten Thlr. 1.; von den Sozialdemokraten in Lunau d. C. Stunne Thlr. 3.; von den Magdeburger Parteigenossen d. E. Wille Thlr. 1. 15.; von der Schuhmacher-Gewerkschaft Köln d. F. Schantner Thlr. 2.; von G. Hablich in Leipzig in mehreren Posten Thlr. 2. 10. 5.; Summa 74 Thlr. 15 Gr. 8 Pf.

Hiermit allen Korporationen und einzelnen Personen unsern wärmsten Dank.  
Gringowalde, im Dezember 1874.

Heinrich Goldammer, Vorst. der Webergewerkschaft. Parteigenossen, wir haben zu Euch gerufen und wir haben auch sofort Gehör gefunden, wir werden Eure kräftige Theilnahme nie vergessen; wir werden in jedem Vorkommnisse, wo Hilfe nötig, soweit es in unsern Kräften steht, mit am Plage sein.

### Briefkasten

der Redaktion: G. in Gringowalde: Sie haben keine Inseratenreste zu bezahlen.

### Quittung

der Expedition: B. Simon Stuttgart Schr. 11 Thlr. 25. Hugo Schneiderberg Schr. 2 Thlr. 1. 5. Dr. Vilgou Schr. 15 gr. Frisch Hannover Fun. 1 Thlr. Ruge Wggersdorf Ab. 1 Thlr. 4. Rüd Pest Schr. 3 Thlr. Kimm und Comp. München Schr. 12 Thlr. 25. West Darmstadt Schr. 2 Thlr. 18. J. Wör hier Schr. 10 gr. 1. Schmitt Albingen Schr. 9 gr. Pfl. Nieder-Zwönitz Schr. 1 Thlr. 6. Fürmann Oberdorf-Scharbeck Schr. 10 Thlr. Wink Lanten Schr. 2 Thlr. 27. Frsch Stuttgart Schr. 1 Thlr. 9. 8. Dsch hier Ab. 1 Thlr. 20.

Fond für Gemahregelte.  
Von M. S. hier 4 Thlr.

### Anzeigen zc.

**Augsburg** „Sozialdemokratische Arbeiterpartei.“ Die hiesigen Mitglieder versammeln sich Samstag, den 12. Dezbr., bei Bierbrauer Lindner (früher Bloßfeld), Zofoberstraße. Es ist wünschenswert, daß die Versammlungen fleißiger besucht werden, als es in letzter Zeit der Fall war.  
NB. Es wird nur im „Volkstaat“ annoncirt.  
Im Auftrage: J. Endres. [7]

**Berlin** Verein der Sattler und Berufsgenossen. Die nächste öffentliche Versammlung sämtlicher Sattlergehülften findet Sonnabend, den 12. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Babre, Brückenstr. 10, im großen Saal statt.

Die Tagesordnung wird durch Sanktionsantrag bekannt gemacht, und es ist Pflicht eines jeden Kollegen am Plage zu sein.  
Gäste sind willkommen. A. Coenen, Vertrauensmann. [7]

**Gohlis** Montag, 14. Dezbr., Abends 7/9 Uhr: Versammlung bei Kunig (Biergarten). D. B. [3]

**Glauchau** Den anstehenden Parteigenossen diene hiermit zur Kenntnishaft, daß das jetzige Vereins-Local des Volksvereins sich „Flehmig's Restauration“ „Pölsung“ befindet.  
Der Vertrauensmann. [4]

**Hamburg** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Montag, den 14. Dezember: Geschlossene Mitglieder-Versammlung im Meinen Saal des „Dreyem“, Neuhäbnerstraße. Tagesordnung: Innere Vereinsangelegenheiten.  
Es werden die Mitglieder, bei denen die Sache ewigen Werth hat, gebeten pünktlich zu erscheinen. S. G. Peter. [6]

**Hannover** Allen Gefinnungsgenossen und „Volkstaat“-Abonnenten zur Nachricht, daß vom 1. Dezember s. J. von Seiten des hiesigen Sozial-politischen Arbeitervereins eine Filiale-Expedition errichtet ist.  
Der Preis beträgt pro Monat bei Abholung 6 Sgr., in's Haus 8 Sgr. Gefällige Abn. sind abzugeben im Vereinslocal, beim Gastwirth Herrn Barthling, Knochenbaurstraße 59, woselbst auch regelmäßig jeden Sonnabend Abnd halb 9 Uhr die Vereinsversammlungen stattfinden.  
Eine rege Theilnahme ist Pflicht!  
(2a) A. Pehlich, d. 3. Vorsitzender. [25]

**Leipzig** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 12. Dezember: Versammlung Windmühlstr. 7. — L. D.: Diskussion. Gewerkschaftliches. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand. [4]

**Leipzig** Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Sonntag, den 13. d. M., im Sophienbad: Gesellige Zusammenkunft mit Damen verbunden mit Tanz. — Anfang 6 Uhr — Freunde des Vereins sind hierzu freundlich eingeladen. (2a) Das Comité. [15]

**Leipzig u. Umgegend** Metallarbeiter-Gewerkschaft. Montag, den 14. d. M.: Versammlung bei Fröblich, Nikolaisstraße 38. — Tagesordnung: 1) Kassenericht. 2) Vorlesung über das Haftpflichtgesetz. [5]

**Wylau** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Sonntag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr: Generalversammlung im Vereinslocal. — Tagesordnung: Abrechnung und Vorstandswahl.  
Weitere Anträge müssen bis zum 12. d. M. an den Unterzeichneten gelangen.  
Der Vorstand: Fr. Fischer.  
NB. Steuern werden am Versammlungabend von 7—8 Uhr entgegen genommen, zu deren Entrichtung Säumige aufgefordert werden. [8]

**Rowawes** Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter. Sonnabend, den 12. Dezbr., Abends halb 8 Uhr: Versammlung bei Müller, Lindenstr. 31. — Tagesordnung: Vortrag: Die Organisation der deutschen Stahlarbeiter. Gewerkschaftliches. Fragekasten. — Gäste sind freundlich eingeladen.  
Adolph Reumann, Bertram. [6]

### Todesanzeige.

Hern von der Heimath starb in der Blüthe seiner Jahre am 5. d. M. nach längerem Krankenlager unser treues Gewerkschaftsmitglied Emil Bärtsch aus Zeitz im 22. Lebensjahre.  
Berlin, den 8. Dezember 1874.  
Die Gewerkschaft der Manufakturarbeiter. [17/2]

Soeben ist erschienen:

### Rede Liebknecht's über den Antrag

Beurlaubung der gefangenen soz.-demokr. Reichstags- Abgeordneten.  
(Reichstagsrede vom 21. November 1874.)  
2 1/2 Bogen Oktav. Preis pro Exemplar 1 1/2 Sgr.

Ferner:

### Unsere Prekzstände

von Wilh. Bloß.

2 1/2 Bogen Okt. Preis pro Expl. 2 Sgr.

Buchhandlung des „Volkstaat“.

Im Verlag der C. Pfeiffer'schen Buch- und Kunsthandlung in Berlin erscheint und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

### Das preussische Rechtsbuch

oder Die Rechte und Pflichten des preussischen Staatsbürgers.

Das preussische Rechtsbuch belehrt den Bürger über die neuen sowie über die noch gültigen älteren preussischen Gesetze und erspart dem Nichtjuristen in allen Fällen einen theueren Rechtsanwalt. Das Werk erscheint in Heften à 10 Sgr.

### Ein sozialistisches Weihnachtsmärchen!

In unserem Verlage ist erschienen:  
Der große Krach.

Ein Märchen für große und kleine Kinder.  
Von Friedrich Gottlieb Schulte.

Mit lithographirten Bildern.  
(Bestere von der durch ihre Arbeiten rühmlichst bekannten Lithographen-Gewerkschaft Zürich.)

Ausgabe 1: (gebunden und auf Schreibpapier) 10 Gr.  
Ausgabe 2: (brochirt) 8 Gr.

(Diese Preise gelten jedoch nur für Parteigenossen; der Buchhändler-Ladenpreis der Ausgabe 1, welche allein im Buchhandel haben ist, beträgt 15 Gr.) — Wiederverkäufer erhalten Rabatt

**Volksbuchhandlung** (3 Franz.)

Berlin (Holländerstr.).

NB. Obiges Buch ist durch alle Expeditionen parteigenösslicher Blätter insbesondere durch die Buchhandlung des „Volkstaat“, Leipzig, zu beziehen.

### Volkstaatkalender für 1875.

Derselbe enthält außer dem bekannten Kalendarium (dem diesmal auch der katholische Kalender beigelegt ist), ein Verzeichniß der Messen und Märkte Deutschlands.

Literarischer Inhalt: Die Hanauer Turner im badisch-rheinpfälzischen Kufflande 1849 nach den Papieren ihres Corpsadjutanten, des verstorbenen Albert Dammmerow. Von dem noch lebenden Sigismund Vorkheim. Batterieschief in der badisch-rheinpfälzischen Redellenarmee; Kothe Oberbayerisches Gemälde aus dem Bauernkrieg, von Robert Schweiß. Wo liegt die Rettung? Aus dem Tagebuch eines Sozialisten, von Otto Walker. Zur Grund- und Bodenfrage. Verschiedenes.

Preis 3 1/2 Gr. gegen bar.  
Bestellungen hierauf an die Buchhandlung des „Volkstaat“ zu adressiren.

Verantwortlicher Redakteur: A. Seiffert.  
Redaktion Hobestraße 4, Expedition Zeitzerstraße 44, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.